Dresden 1881.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark 50 Pfge., durch die Post 3 Mark 75 Pfge. Numm. 10 Pfge. Auflage 37000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annoncen für uns nehmen an: Die Annoncen-Expedition v. Haasenstein & Vogler; — Rudolf Mosse; — Daube & Comp.; — Invalidendank; — G. Müller in Görlitz; — Rob. Rich. in Magdeburg; — J. Barck & Co. in Halle; — Steiner in Hamburg.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 5 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Nichtamtliche Annoncen-Aufträge können unfrankirt gestellt werden, wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postvorschuß. Gute Gelegenheitsanzeigen kosten 15 Pfg. Inserate für die Morgen-Nummer oder nach einem Feiertage die Petitzeile 20 Pf.

Krohne & Hirschel,
6 Altmarkt 6
empfehlen zu **passenden Festgeschenken**
Cravatten, Schleifen, Cachenez, spanische Spitzentücher und Barben.
Seidene Bänder, Sammete und **Seidenwaaren**
zu den billigsten Preisen.

Herren-Artikel
wie: Hemden, Hosen, Socken, Jacken, Joppen, Jaquets, Havelocks, Kaisermäntel, Schlafröcke, Sanitätsröcke, Sanitätshosen, Reisedecken, Plaids, Cachenez, Cravatten, Taschentücher, Hosenträger, Schirme in guten Qualitäten zu sehr billigen Preisen. Illustrirte Preisverzeichnisse gratis und franko. Auswahlsendungen nach auswärts.
Osc. Lehmann (sonst Ernst Winzer),
Schlossstrasse Nr. 21.

Tapisserie-
Weihnachts-Ausverkauf
zu bekannt billigsten Preisen.
Hartmann & Saam,
Schlossstrasse 17, gegenüber dem kgl. Schloss.

Nachttelegramme. Wien. Das Herrenhaus genehmigte heute die Verstaatlichung der Westbahn.
Paris. Der Prozeß zwischen Rouston gegen den „Intransigent", welcher Rouston der finanziellen Operationen in der Tunis-affaire beschuldigte, wurde heute verhandelt. Die Zeugenaussagen gaben keine erheblichen Belastungen an.

Nr. 348. | Witterung vom 13. December: Barometer nach Oster Repsold, 28 Pfge. 15 (Stand. 6 U.) 772 Mill., seit gestern 7 Mill. gestiegen. Thermometertemp., n. Reaum. 2 Grad, tiefste, niedr. Temp. Eisgrad, höchste Temp. 4 Grd. Süd-Ostwind. Schnee. | Aussichten für den 14. December: Wenig Aenderung. | **Mittwoch, 14. Decbr.**

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Requiem, Leichenfeier und Todtenbestattung sind in Wien in ergreifender Größe vor sich gegangen, die Bevölkerung beobachtete dabei die musterhafteste Ordnung. In dem altehrwürdigen Stephansdome erwies die katholische Kirche den Todten Wiens die höchsten Ehren, die sie sonst nur den Mitgliedern des Kaiserhauses und den allervornehmsten Spitzen der Priesterschaft ertheilt; für die Verunglückten, die ausnahmslos bürgerlichen Berufskreisen angehören, vollzogen die höchsten kirchlichen Würdenträger die religiösen Functionen in der solennsten Gestalt und in Gegenwart des zukünftigen Kaisers von Oesterreich und vieler Erzherzöge. Der Centralfriedhof war durch das Aufgebot ansehnlicher Cavalerie- und Infanteriemassen nahezu in ein Manöverfeld verwandelt worden. Es hätte dessen nicht bedurft. Die Bevölkerung wurde keinen Augenblick ihrer würdigen Haltung untreu. Was Priestermund bei solchen Anlässen sagen kann, wurde vor dem Riesenkatafalk und angesichts des offenen Riesengrabes von den Priestern aller Confessionen in erschütternden Worten zum Ausdruck gebracht. Doch, es sei nun genug des Schmerzes und der Scenen des Jammers. Die Scene wird zum Tribunal! Die Volksstimme verlangt immer gebieterischer, daß das Vertuschungssystem aufhöre, die Schuldigen auf der Anklagebank erscheinen. Große Hoffnungen setzt Wien dabei auf den Staatsanwalt Graf Lamezan, der sich durch Muth, Kaltblütigkeit und Organisationstalent für immer einen Ehrenplatz in der Geschichte Wiens gesetzt, indem er, als die Polizei den Kopf verlor, kraft eigener Initiative die Rettungsarbeiten in die Hand nahm. Was Graf Lamezan als Mensch und Mann begonnen, vollende er als Staatsanwalt! Mit der Fackel in der Hand drang er muthig in die stockfinsteren Gänge des Ringtheaters, mit der Fackel der Wahrheit leuchte er auch in die finsteren Winkel jener unverzeihlichen Wirthschaft, jener unglaublichen Pflichtvergessenheit, jener unerhörten Trottelhaftigkeit, die bei der Katastrophe allseitig zum Vorschein kam. Das ist ja gerade der Unterschied zwischen Wien u. allen anderen Städten, daß nirgendwo anders solche bodenlose Zustände wieder vorkommen können. Eine solche Vereinigung von höchster Civilisation und primitivster Ungeschicklichkeit findet sich auf der ganzen Welt nicht wieder. Wien hat sich damit einen unrühmlichen Namen überall hin gemacht. In jeder anderen Stadt können die Menschen mit weit größerer Ruhe und Sicherheit ins Theater gehen. Speziell unsere neuen norddeutschen Theater lassen durch ihre baulichen Einrichtungen und die Pflichttreue, Energie und den Muth ihres trefflich geschulten Maschinenpersonales und der Feuerwehren die Besorgniß ähnlicher Katastrophen als übertrieben erscheinen. Was an baulichen Einrichtungen noch fehlt, das schleunig zu beschaffen, ist die Pflicht der Theatereigenthümer. Dann wird auch sehr rasch das Gefühl vollkommener Sicherheit den Besuchern der Theater wiederkehren. Jedes Theater könnte, wenn die Leute ruhig blieben, in 6—8 Minuten völlig geleert sein. Nicht die Flamme ist das Schrecklichste. Die Feuersgefahr bedroht zunächst nicht das Publikum, sondern fast ausschließlich die Arbeiter auf den Schnürböden und in den Versenkungen, resp. die Künstler auf der Bühne und in den Garderoben. Der schlimmste Feind des Publikums ist das Publikum selbst, „der schrecklichste der Schrecken, das ist der Mensch in seinem Wahn". Weiß jedoch das Publikum, daß Jeder so schnell, als er ins Theater gekommen, durch breite Ausgänge auch wieder so schnell hinauskommen kann, so wird sich die Panik nicht erheben. Dieses Sicherheitsgefühl findet in der ausgezeichneten Organisation unserer Sicherungs-, Wach- und Lösch-Einrichtungen und in dem Geiste, welcher diese tapferen, pflichttreuen Mannschaften belebt, weitere Stützen. Es wäre falsch, wenn sich die norddeutschen Bühnenbesitzer nicht das Wiener Ereigniß zur eindringlichen Lehre nähmen und Zustand wie Einrichtungen ihrer Theater nicht einer gewissenhaften Prüfung unterzögen; es wäre aber nicht minder falsch, wenn unser Publikum wegen der einzig in ihrer Art dastehenden Wiener Verhältnisse sich die geistigen Genüsse und Erholungen verkümmern wollte, die unsere heimischen Kunststätten bieten. Gerade jetzt, unmittelbar nach dem Wiener Unglück, schwebt allem Personale seine Verantwortlichkeit lebhafter denn je vor der Seele und niemals sitzt das Publikum so sicher, wie in Abrahams Schooß im Theater, als gerade jetzt.

Kommen wir nun auf die uns selbst berührenden politischen Ereignisse zu sprechen, so verdient die Sozialistendebatte im Reichstage ein kurzes Wort. Der Reichstag hat die ihm vorgelegte Denkschrift über den kleinen Belagerungszustand in Berlin, Hamburg und Leipzig zur Kenntniß genommen. Vier Vertreter der sozialdemokratischen Partei ergriffen hierbei das Wort, ohne jedoch die Debatte auf die den Gegenstand gebührende Höhe zu bringen. Dies that der preußische Minister des Innern, v. Puttkamer. Er wies nach, daß diejenige Richtung der Sozialdemokratie, die man, freilich in vollkommen uneigentlichem Sinne, die gemäßigte nennt, immer weiter in das radikale Fahrwasser gerathen ist. Wenn auch nicht daran zu denken sei, daß zwischen Bebel und Liebknecht eine Versöhnung mit Most und Hasselmann angebahnt wurde, im Gegentheil beide Richtungen der Sozialdemokratie sich in ihren Blättern in einem Maße gegenseitig abkanzelten, wie es unmäßiger und verächtlicher gar nicht gedacht werden könne, so übertrumpfe doch manchmal die „gemäßigte" Richtung die radikale aufs Empörendste. Der Minister schenkte den Hasenclever'schen Versicherungen von der „Ungefährlichkeit" der Sozialdemokratie keinen Glauben, die mit der öffentlichen Sicherheit betrauten Behörden können daher die Waffe des Sozialistengesetzes noch nicht entbehren. Die Reichsregierung glaubt nicht, daß die Führer der sozialdemokratischen Partei sich ändern und Beruhigung aufkommen lassen werden; nur das arbeitende Volk hat es in der Hand, sich aus den wüsten agitatorischen Banden freizumachen. Auch der sächsische Minister v. Nostitz sprach sich in diesem Sinne aus. Er entkräftete aufs Wirksamste einzelne Darstellungen Hasenclever's über grausame Verfolgungen einzelner Parteigenossen. Jener hatte gar rührend erzählt, wie ein aus der Leipziger Umgegend Ausgewiesener und nach Amerika Ausgewanderter dort dem gelben Fieber erlegen sei — ein neues „Opfer" des Sozialistengesetzes. Dieser beweinte Biedermann lebt aber nach den Versicherungen des Ministers noch; es muß ein wahrer Musterbürger gewesen sein; obwohl Gemeinderathsmitglied, war er konsequenter Steuerverweigerer, abgesagter Feind des Schuldendreiablens und der „Märtyrer" eines grausamen Gesetzes und hatte sich sogar an Mündelgeldern vergriffen. Ebenso unglücklich war Hasenclever, als er über die Unterstützung sprach, welche die Fortschrittspartei den Familien der ausgewiesenen Sozialdemokraten hat zukommen lassen. Die Fortschrittspartei hat, einem ehrenwerthen menschlichen Impulse folgend, für diese Unschuldigen namhafte Summen gespendet. Was hat sie davon für Dank? Hasenclever warf es ihr vor, daß sie nicht öffentlich gesammelt habe. Dafür mußte er sich gefallen lassen, daß Prof. Häbnel den Verdacht aussprach, daß diese Geldbeiträge unterschlagen oder zu anderen Zwecken, als zur Unterstützung armer Familien, nämlich zur Wahlagitation verwendet worden seien.

Der Reichstag selbst wird spätestens am 20. seine Sitzungen unterbrechen und sie am 3. oder 4. Januar wieder aufnehmen. Bis Mitte Januar kann er sein Arbeitspensum erledigt haben; neue Vorlagen sind nicht zu erwarten. Leider ist keine Aussicht, daß die übertrieben hohen Geldopfer, die der Zollanschluß Hamburgs dem Reiche kosten sollen, (40 Mill.), ermäßigt werden. Nur weil man einen großen Kanal bauen will als Grenze zwischen dem verbleibenden Freihafen- und dem Zollvereinsgebiete, bedarf es der Aufwendung von etlichen 20 Millionen.

Die französische Kammer hat dem Ministerium Gambetta eine erste Lektion ertheilt. Sie war ernst genug. Lediglich, um der neuen Regierung keine Schwierigkeiten zu bereiten, bewilligte die Kammer die Geldmittel für die von Gambetta eigenmächtig gebildeten zwei neuen Ministerien. Sie drückte aber dabei einen Tadel über das Vorgehen Gambetta's aus. So leis der Tadel war, so tief empörte er doch den „Allmächtigen". Wüthend und todtenblaß bearbeitete er die Rednerbühne mit gewaltigen Faustschlägen. Der Kammer kann man nur gratuliren, daß sie ihre Selbstständigkeit und die Rechte der Volksvertretung zu wahren entschlossen ist. Ein schlimmes Zeichen für seine Diktaturbestrebungen!

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr.", vom 13. Decbr.

Berlin. S. M. der König und Se. Kgl. Hoheit Prinz Georg von Sachsen haben sich nach ihrer Rückkehr von der Hofjagd zu Königswusterhausen vom Görlitzer sofort nach dem Anhaltischen Bahnhofe begeben und Abends 8½ Uhr die Rückfahrt nach Dresden angetreten.

Berlin. Reichstag. Abg. Schrader berichtet über den Etat der elsaß-lothringischen Reichsbahnen. Nach längerer Debatte, an der Minister Maybach, Geh. Rath Schultz, Abgg. v. Minnigerode, Dr. Moller, Dr. Lingens und Büchtemann theilnehmen, wird beschlossen, eine größere Anzahl von Beamten fest anstatt diätarisch anzustellen, als in der Regierungsvorlage vorgesehen. Dann folgt Berathung über den Bau eines neuen Reichstagsgebäudes am Königsplatze. Es wird beschlossen (gegen die Stimmen des Centrums), die Vorlage in einmaliger Berathung zu erledigen. Abg. Reichensperger-Crefeld erklärt sich gegen die Wahl des Planes wie gegen die Vorlage überhaupt. Man solle die Sache nicht über das Knie brechen. (Heiterkeit). Jetzt sei nicht die Zeit zu großen kostspieligen Monumentalbauten, man solle erst eine finanzielle und ästhetische Klärung abwarten. Das gegenwärtige Gebäude sei massiv und wohnlich; wäre dasselbe wirklich so baufällig und gefahrdrohend wie man sage, so müßte man dasselbe doch umbauen, da unter 5 bis 6 Jahren der neue Reichstags-Palast nicht fertig werde. Es komme für die Berliner Herren wohl auch etwas Lokal-Patriotismus in Betracht; es sei zudem noch nicht ausgemacht, daß der Reichstag für immer in Berlin bleibe. (Aha!) Die diesbezügliche Ankündigung des Fürsten Bismarck sei um so ernster zu nehmen, als sie eine tiefe sachliche Bedeutung habe. Er beantragt Verweisung der Vorlage an eine vierzehngliederige Commission. (Beifall im Centrum, Widerspruch links.) Abgeordneter Oberwitz: Es müsse endlich ein definitiver Beschluß gefaßt werden, damit ein der Nation würdiges Gebäude errichtet werde. Man möge die Sache nicht wieder durch Verweisung an eine Kommission auf die lange Bank schieben und die Vorlage der Regierung ohne weitere Amendements annehmen. Man solle auch die Leute verdienen lassen und nicht so nüchtern und verschlossen sein. Abgeordneter von Stauffenberg: Die leitende Absicht bei dem Plane der Errichtung eines monumentalen Gebäudes war: ein Denkmal an die Vereinigung aller deutschen Stämme zu errichten. (Bravo!) Abg. v. Ludwig: Die Zeit dazu ist schlecht gewählt: Deutschland war nie uneiniger als heute. Wir haben gar nicht verdient, in einem besseren Hause zu wohnen als jetzt. Warten wir, bis wir uns des inneren Ausbaues erfreuen können; erst wenn wir was leisten, wollen wir uns ein neues Haus schaffen. Abg. Dr. Perrot aus Gründen der Sparsamkeit gegen den Neubau. So lange wir noch Anleihen machen, ist es nicht an der Zeit, so kostspielige Monumental-Gebäude zu errichten. Abg. Dr. Windthorst für Kommissionsverweisung, da es sich um ganz neue Pläne handele. Staatsminister Dr. v. Bötticher: Die Reichsregierung sei nicht in der Lage, einen andern Platz in Aussicht stellen zu können. Um Pläne handle es sich jetzt nicht, sondern um Wahl des Platzes; alles Uebrige bleibt zunächst der niederzusetzenden Kommission überlassen. Abg. Hartmann erklärt, daß die Mehrzahl seiner politischen Freunde (Konservative) für die Vorlage stimmen würden. Bei der Abstimmung (die sich auf Wahl des Platzes und Bildung einer aus Mitgliedern des Reichstags und Bundesraths bestehenden Kommission bezieht) wird die Kommissionsverweisung abgelehnt und der Antrag des Bundesraths angenommen. — Nächste Sitzung Donnerstag.

Berlin. Die Erhebung der Berufsstatistik findet am 15. Mai 1882 statt.

Wien. Die Souterrain-Lokalitäten und Kellerräume des Ringtheaters wurden heute Vormittag untersucht und vollständig erhalten gefunden. Der mittlere Parquetraum und Orchester sind eingestürzt. Im Keller sind keine Leichen vorgefunden. Bis Vormittags sind 11 weitere vermißt Aufgeführte widerrufen, dagegen ist konstatirt, daß thatsächlich vermißte, im Theater gewesene Personen in der Liste noch nicht aufgenommen waren.

Wien. Die Abgeordneten nahmen die Wehrgesetznovelle im Sinne der Regierungsanträge an.

Berliner Börse. Das Angebot nahm heute an Ausdehnung zu, die Course wichen unter dem Drucke derselben vielfach zurück. Geldverteuerung, starke Verkäufe großer Spekulanten 2c. wurden als Motive für die matte Tendenz angeführt. Franzosen wichen um ⅝, Creditactien um 1 Mk. Deutsche Bahnen erzielten unter dem Einfluß des der Anhalter Gesellschaft gemachten neuen Angebots und weiterer Verstaatlichungsgerüchte gut gehalten und anziehend. Berlin-Anhalter und Hamburger je 3 %, Oberschlesische 1½ Proz. besser. Oesterr. Bahnen wenig verändert. Banken meist matt und angeboten, ebenso Bergwerke und Industrien. Fonds geschäftslos. Prioritäten relativ fest.

Lokales und Sächsisches.

— Landtag. Zweite Kammer. Die Petition der Stadt Zittau um Errichtung eines Landgerichtes (Ref. Abg. Kaufser) unterstützt Abg. Riedel in längerer Rede und hebt hervor, daß bei Fortdauer der jetzigen Verhältnisse das Ansehen der Justizbehörde zu leiden Gefahr laufe. Der Justizminister v. Abeken lasse den Rath Anderer unbeachtet; in der Zukunft würde sich das hoffentlich ändern. Vicepräsident Dr. Pfeiffer widerlegt die vielfach verbreitete Annahme, als sei die Petition nur aus den Kreisen der Zittauer Rechtsanwälte entsprungen und tritt ebenfalls aufs lebhafteste für dieselbe ein. Abg. Kirbach hingegen meint: durch Gewährung der Petition würde ein gefährliches Präjudiz für die gesammte Justizorganisation geschaffen. So kleine Landgerichte, wie es Zittau sein würde, solle man nicht schaffen; sie seien ein Nachtheil für die Justizpflege. Präsident Haberkorn konstatirt, daß die Petition nicht auf Veranlassung des Stadtraths zu Zittau entstanden, vielmehr lediglich dem Bedürfnisse der Bevölkerung entsprungen sei. Sie sei ihm aber auf die Seele gebunden und es könne daher nicht Wunder nehmen, wenn er als Bürgermeister Zittaus für den Gegenstand plaidire. Die Bevölkerung Zittaus weiß, wo sie der Schuh drückt. Die Petition vertrete keine Sonderinteressen. Schon der Provinzial-Landtag der Oberlausitz habe einen gleichen Antrag bei der Regierung gestellt. Zittau würde nicht das kleinste Landgericht im Reiche werden. Durch Ausbezirkung Zittaus aus dem Landgerichte Bautzen behalte letzteres immer noch eine eingesessene Bevölkerung von über 200,000 Personen, und auch dann sei der Bezirk Bautzen immer noch größer als der Planens. Er begreift nicht, wie Abg. Kirchbach die Lage Zittaus geographisch ungünstig bezeichnen könne, denn Planen liege ja ebenfalls nicht im Mittelpunkte des Bezirks. Redner erörtert dann die Vorzüge Zittaus. Bei reiflicher Erwägung aller einschlagenden Verhältnisse hoffe er, daß das Justizministerium dem Gesuche willfahren werde. Der Kostenpunkt könne nicht in Frage kommen. Abg. Kirchbach wahrt, bei Errichtung der Landgerichte mit möglichster Vorsicht zu Werke zu gehen. Wenn Zittau ein solches verwilligt wird, möchte Döbeln auch eins haben. Justizminister v. Abeken spricht sich vollständig abfällig über die Petition aus. Die Erhebungen über die Geschäftsführung des früheren Landgerichts Zittau haben ergeben, daß ein solches nicht nöthig sei. Die Einrichtungen der inzwischen wieder aufgehobenen detachirten Strafkammern in Zittau seien ein Versuch gewesen zu Gunsten Zittaus. Man habe die Strafkammer wieder aufheben müssen, weil die Nachtheile derselben deren Vortheile bei Weitem überwogen. Selbst dann, wenn ein Landgericht in Zittau errichtet werde, könnten dort 2 Strafkammern nicht bestellt werden, da es hierfür an Beschäftigung fehlt. Die Regierung habe aber die Frage als der erneuten Prüfung für bedürftig erachtet und neuerdings Erhebungen über die dortigen Verhältnisse angeordnet. Man dürfe sich überzeugt halten, daß die Erwägungen der Regierung mit aller Gründlichkeit geführt werden würden. Dem Abg. Kirchbach gegenüber erachtet es der Herr Minister als seine eigene Sache, ob er die Vorschläge ausführen wolle oder nicht. Der Abg. Riedel habe darauf angespielt, daß er nicht ewig Minister bleibe und daß das Justizministerium nicht in den richtigen Händen sei. Er entgegne, daß es nicht von ihm abhänge, wie lange er die Ehre habe, das Justizministerium zu vertreten; so lange er aber Minister sei, müsse er sich die Befolgung der Rathschläge Anderer vorbehalten. Wie die Entscheidung ausfalle, lasse sich nicht im Voraus bestimmen. Der Grundsatz werde maßgebend sein, die Handhabung der Justiz für den Staat nicht ohne Noth zu vertheuern. Der Deputationsantrag, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen, wurde sodann gegen 17 Stimmen angenommen; ebenso eine Gegen-Eingabe der Bevölkerung Löbau's, der Zittauer Petition nicht stattzugeben — Die Petition des Gemeinderaths zu Planen bei Dresden um Aufhebung des § 23 Abs. 2 der revidirten Landgemeinde- und § 30 der revid. Städteordnung, nach welchen bei der von den Gemeinden erhobenen Einkommensteuer festes Diensteinkommen und Pension nur zu ⅘ in Anschlag zu bringen sind, wurde (Ref.: Ahnert) ebenfalls der Regierung zur Erwägung überwiesen.

— Herr Polizeipräsident Schwauß ist am Gelenkrheumatismus so heftig erkrankt, daß er seit einigen Tagen das Bett hüten muß.

— Prof. Dr. Zeibig, stellvertretender Vorstand des hiesigen königl. stenographischen Instituts, leitet auch diesmal wieder das Stenographen-Bureau im elsaß-lothringischen Landesausschusse zu Straßburg. In der Aufnahme der deutschen Reden unterstützt ihn Stenograph Dr. Socin aus Basel; für die französischen Vorträge sind 7 Stenographen engagirt: Duplomé, Bellin, Mouton, Rinucci, Gonarne, Hody und Lampos.

— Gestern Vormittag fand auf hiesigem Alaunplatz von 9 Uhr ab die Vorstellung der am 1. Oct. d. J. eingestellten Quote Einjährig-Freiwilliger des Schützen-Regiments 108 vor ihrem Commandeur, Oberst von Minckwitz, statt.

— Behufs Bewältigung des Postpäckereidienstes während des diesjährigen Weihnachtsfestes sind wiederum, wie alljährlich, eine Anzahl Unteroffiziere und über 200 Mannschaften der hiesigen Garnison requirirt worden, um in der Zeit vom 15. bis 25. Decbr. bei den verschiedenen hiesigen Postanstalten sich an die den ständigen Postunterbeamten obliegenden Arbeiten gegen eine tägliche Auslösung von pro Kopf zwei Mark zu theilen.

— Gewerbeverein. Herr Stadtrath Cristofani empfahl eine am Eingang zu habende, von Herrn Stadtrath Böttcher zum Besten der Ferienkolonien geschriebene fesselnde Jugendschrift „Marcus Stemmler" (1 Mk.) und theilte zur Freude der zahlreichen Versammlung mit, daß der Gewerbeverein von Ostern ab seinen Mitgliedern in Verbindung mit der Gewerbevereinsschule auch die Vortheile einer Fortbildungsschule bietet. Der Bibliothekar führt eine neue Brodschneidemaschine vor, die zugleich praktischer Brod-

SLUB
Wir führen Wissen.